

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 22

Halle (S.), 29. Mai 1926

2. Jahrgang

## Der abgesagte Putzsch.

Die kommunistische Pfingstrevolution — Die verschmähten Retter — Alter und neuer Pötzgeist — Enttäuschung — Pazifismus im Innern — Die abgerüstete Abrüstungskonferenz — Mussolini in Genua — Die Kniuppelherrschaft des Faschismus — Polen ein Bundesstaat? — Vertrauen in die polnische Wirtschaft — Die Zirkulanten in Marokko und Syrien — Fehlende Rückwirkungen — Briand im Kampf — Der Franken steigt, der Franken fällt — Strongs Europafahrt — Schacht in London.

Es war leider wieder einmal nichts, und die Blätter der Retter hatten schon so schadenstrotzend auf eine Enttäuschung der Staatsgewalt gehofft! Still und friedlich sind die Pfingsttage in das Land gegangen und haben keine blutigen Zusammenstöße, außer jener furchtbaren Knechtentotschläge bei München, gebracht. Einzugsstunden gab es freilich genug, und namentlich die Jugendbergschleife hat das Menschenmögliche darin geleistet. Als die preussische Regierung aus dem reichten Schatz ihrer Kassen ein einiges ausplauderte über Beschwerden gegen die Republik, was etwas noreislich war, glaubten jene Zeitungen, denen nichts so jümdier ist wie eine Genealogie Deutschlands, mit einem genial erdachten Gegenbeispiel antworten zu müssen. Sie erfinden die kommunistische Pfingst-Revolution, mit der sie nur gewisse Speisbürger, die nicht alle werden, solange es eine Jugendbergschleife gibt, freilich gemacht haben. Nun wird über die armen Kommunisten speißt, die nicht einmal den Mut und die Kraft besäßen, den Sowjet-Stern zum Ramppe zu führen. In der Tat, eine bedauerliche Unterlassungs-Sünde. Nun haben unsere Reichsvereinsverordneten keine Gelegenheit, als Retter vor Ration aufzutreten und bei diesem ehrlichen Unterzügen an die so heiß ersehnte Staatsstrophe zu gelangen.

Auch die Stahlfingerringe in Düsseldorf verlief schlicht und ohne Blutergebnisse. Ein Beweis fortschreitender Entwidlung, den wir nur im Interesse der Gesamtheit freudlich begrüßen können. Wieder hat sich der Gedanke bezeugt, daß man solchen Gefährten am besten dadurch begegnet, daß man frühzeitigste Entgegenkommen zeigt. Darin liegt ja gerade der Wesensunterschied zwischen dem alten und neuen System. Der Pötzgeist nämlich preussischer Prägung, den uns Herr von Sagen, der spätere Tapp-Nebell, so angenehm verkörperte, konnte nur drohen und verbieten und wurde so zu jener bewegendsten Kraft, die selbst den Zündstoff für Explosionen sammelt. Heute denken wir anders. Man läßt gewähren, bietet Polizei ab, aber nur zum Schutz der Demonstranten, damit sie nicht in ihren Rumbegängen geföhrt werden und aus der Gerechtigkeit zum Angriff übergehen. Preussischer Pötzgeist hat unter Herrn Goooring einen Wandel erlitten, mit dem man zufrieden sein darf.

Die Enttäuschung äußert sich hinmänglich, wenn auch in sehr verschiedener Form. Ein Berliner Blatt knüpft überdies Betrachtungen an die Mitteilungen der Hates, daß viele Ausländer dem Reich fern gelassen sind, ille Krawalle verursachen. Natürlich nur die von rechts. Deshalb wird wohl die preussische Regierung wegen ihrer rückwärtsgewandten spödenberuffung gemacht werden müssen. Von dem gefälligen Nötigmachungs-Ertragsblatt es Berliner Lokalanzeigers, der die bolschewistische Weltrevolution in Berlin bereits als feststehende Tatsache vorsehete, aber spricht das genante Blatt überhaupt nicht, obwohl es zufällig derselbe Berliner Lokalanzeiger ist. Man sollte sich in der Zimmerstraße etwas mehr mit Gedächtnislehre befaßen, was sich auch anders ausdrücken läßt.

Der Pazifismus im Innern ist jedenfalls ein Fortschritt, und so bedeutend ist ihm in der Außenpolitik entgegenüber, daher ist er eine ganz nützliche Angelegenheit. Im Verkehr mit fremden Staaten wird man an allerdings auf das notwendige Maß herabschrauben müssen, denn hier gilt das Schillerische Wort von dem Fremden, der nicht in Frieden leben kann, wenn es dem Herz Nachbar nicht gefällt. Graf Bernstorff hat in dieser Hinsicht reiche Erfahrungen in Gewal gesammelt. Allen wäre es günstig zu sich doch von der finanziellen Last überdrüssiger Kämpfe zu befreien. Und Fälle er mit Engländern geredet. Was man erleben kann, sieht man in den Kommissionsarbeiten, und so wurden alle strittigen Probleme in irgend einem Unterzungsfluß auf das totale Versteigert. Das Vertrauen ist eben noch immer zu hoch, bezieht sich das Vertrauen in die militärische Überlegenheit des anderen. Niemand will den Vorteil, und in jedem Streit der Höflichkeit wird wenigstens das eine zelemt, daß die Arbeitslosigkeit nicht auch auf die Wassendultre übergeht.

Der Pazifismus lehnt auch Mussolini ab. Er hat das Genua getan, von wo einst die Kriegsbegeisterung, die die Bündnistreue nichts zu tun hatte, ihren Ausgang nahm. Beschiden freilich ist der Duce geworden. Auf die Zukunft: Herr der Welt, begnügte er sich mit der Feststellung, Herr Statius zu sein, was übrigens den Tatsachen

leichtlich entspricht. Immer wieder peißt er die Massen auf und zeigt ihnen in der Ferne weit hin leuchtende Ziele. Stillstand ist nicht möglich. Er kennt keine Schamgrenzen und weiß, daß sie ihm nur solange Gefolgschaft leisten, als er Beschäftigung für sie findet. Ein friedliches Italien würde die überschüssige Kraft vermuthlich dabei verwenden, und das ist es, was der Diktator so wenig schätzt. Es liegt offenbar in der menschlichen Natur begründet, daß sie nach Gegendern sucht, wenn sie sich ihr nicht freiwillig bieten. Demt man nicht außenpolitisch die jubelnde Begeisterung ab, so entläßt sie sich gemitteltartig im Innern. Vorläufig ist dafür Raum genug. Mussolini ist gerade dabei, den liberalen Staat totzuschlagen. Was wohl nur noch eine Reichenföandung ist.

Und sonderbar, im gleichen Augenblick gibt Marshall Fieldshild dem „Mail“ Korrespondenten Suwerwein ein Interview, in dem er die Kniuppelherrschaft des Faschismus für Völk als ungeeignet bezeichnet. Das sind keine eigenen Ausdrücke. Fieldshild rechnet sich noch zur Sozialdemokratie, der Mussolini längst den Rücken geföhrt hat. Darin liegt ein kleiner Unterschied, vielleicht nur ein zeitlicher, denn Marsh hat die sonderbare Eigenschaft, kluge Gedanken zu produzieren. Von oben sehen die Dinge anders aus, als einmal der alte Republikaner Johannes Raquel gesagt, als er inwäuslich königlich preussischer Finanzminister geworden war. Entzessnen setzen auf eine solche Vergangenheit ungefähr so juristisch, wie Beschwoikern auf ihre lebensfrohe Jugend. Sie sind denn besondere präde. Der Marshall kämpft freilich noch um seine geföhrtete Existenz und um den Ausbau des Sieges, der noch nicht reiflos erstritten ist, während der Duce kaum noch lebende Gegner in Italien hat. Entweder haben sie im Auslande Unterzungsfluß gefunden, oder sie sind aus dieser Zustellung, nicht immer ganz freimüßig ausgehoben.

Wit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen wir die Vorgänge im östlichen Nachbarland. Ein neuer Geist weht dort. Der Marshall kündigt bereits an, daß er aus Polen einen Bundesstaat machen wird, also einen Staat, der autonomen Minderheiten, die zusammen beinahe eine Mehrheit geben. Auch mit Deutschland will er ins Einklang kommen. Wir sehen das ruhig und ohne übertriebene Sorge mit an, auch wenn unsere Wünsche nicht ganz damit übereinstimmen. Eine vernünftige Politik Polens ist geföhrtlicher, als jene wahnwitzige Räuberei, die nur den eigenen Untergang beschleunigen konnte. Ein klug regiertes Polen könnte sogar Anleihen in Amerika aufnehmen und damit so etwas wie ein geordnetes Staatswesen werden. Unter Vertranen in die polnische Wirtschaft bereit sind um übertriebenen Befürchtungen. Vorläufig ist die Stunde noch nicht gekommen.

Und auch Frankreich schwört dem Imperialisismus ab, denn es im Wäusländchen Marokkos und Syriens mit Mut teuer genug hat erkauften müssen. Es scheint tatsächlich einen gelegentlichen Imperialisismus zu geben, was wir aus allbeußigen Zeitungen weder in unseren Glanzstagen noch nach der Katastrophe erfahren haben. Den Drujen und Rifleuten wird mildes Verzeihen, sogar eine gewisse Selbständigkeit soll ihnen nicht vorenthalten bleiben. So sagen Henry de Jouvenel in Damaskus und Reichthof Steeg an der nordafrikanischen Küste. Sie sind freilich keine Militär und werden in Paris noch einiges von wild gemordenen Generalen zu hören bekommen. Es ist geradezu ein Glück, für den Geschichtsschreiber, daß es Uniformen gibt. Die Welt würde sonst sich nützlichen, aber geräußlichen Ausgaben zuwenden, von denen kein Lied und kein Hebenbuch etwas meldet. Deshalb haben auch unsere Stahlhelmer die wirtschaftliche Verständigung so entschieden verworfen, und das war besonders sinnvoll am Rhein, wo gerade deutsche Verständigungspolitik zur Befreiung Düsseldecks und der ersten Zone geführt hat.

Allerdings die zweite und dritte Zone sind noch immer nicht geräumt. Graf Weltzapf war glückselig, sich darauf besinnen zu können, um wieder freilich das verhasste Vancano abzulehnen. Immer sind es die Generale, die ihren Feinden die Waffen leiser schänden. Der beste Wille der Staatsmänner schreit hoffnungslos an diesem Abendlande. In Genf hat, als die ersten Knäpfe sprangen, Herr Briand uns freilich bestört, und die Herren Chamberlain und Vandervelde beglücklichten seine Unterzungsfluß, daß die Rückwirkungen des Locarno-Vertrages sofort sichtbar werden würden, als ob Deutschland bereits Mitglied des Völkerbundes geworden wäre. Berlin ist

entflohen, an diese Zustellungen zu erinnern, aber es kommt zu ungelegener Stunde als lästiger Wahn. Gerade jetzt kämft Aristide Briand in schwerer Schlicht. Daß der Franke jaht, hat man ihm übel vermerkt, daß er stetig wird ihm noch weniger verzeihen. Wir lesen diese sonderbare Kunde und gebenden dabei in Wäusmut unterer eigenen Inflationsvergangenheit, wo es ganz ähnlich gemelten, wo betrübete Gebete gen Himmel stiegen: Herr laß Deutschland nicht so rasch gefunden.

Der sinkende Franke hat uns keine Freude bereitet. Nur jene Blätter, die Politik als eine Angelegenheit schlechter Kinderhüben betrachten, in denen es weder Erziehung, noch Erfahrung gibt, älchen schadenstrotzend. Klügere Leute berechnen, wie viel Millionen uns dieses Dumping folgen sollet. Die Wahrheit, daß die Krantheit des Nachbar etwas Antedekens an sich hat, und deshalb kein Anlaß zu häßlicher Betrachtung ist, leht sich nur ganz allmählich durch. An der Seine hat man jeht etwas davon festgestellt. Wit Weisheit und Rom verhandelt man, um Franke und Bire in eine engere Verbindung zu bringen. Es war ein sonderbares Schauspiel, wie Italien und Belgien französische Währung an dem Markt warfen, um die eigene zu retten. Das legt dem Gedanken nahe, nicht nationale, sondern internationale Währungen zu schaffen und zu stabilisieren.

Deshalb ist auch die Entparcellierung des Gouverneurs Strong von der Federal-Reserve-Bank in Kennepott bedeutungsvoll geworden. Nun erwartet Herr Montague Norman, der Gouverneur der Bank von England, den Besuch seines deutschen Kollegen. Herr Schacht wird drüben keine großen politischen Probleme wäuslen, nur finanzielle Fragen werden geklärt, z. B. die Frankeinführung, aber diese finanziellen Besprechungen finden immer eine politische Resonanz. Das ist das sonderbare. Archimedes meinte einst: Gebt mir einen Punkt und ich will die Welt aus den Angeln heben. Heute kann die amerikanische Hoffmann sagen: Gebt mir eine internationale Währung schaffen und wir treiben den Kriegsgott fort immer aus dieser Welt. Richard Man.

### Vom Deutschen Bauernbunde.

Ein Mitglied des Deutschen Bauernbundes schreibt uns: Der beurlaubte und in Erholung geföhrtete Leiter des Deutschen Bauernbundes, Herr Dr. Böhm, hat angeordnet, festzustellen, wer den Artikel in unserer Wochenschrift Nr. 17 „Der kleine Mussolini“ geschrieben hat. Ein guiter, treuer Freund wollte von mir wissen, wer der Verfasser ist oder wer er sein könnte. Der Artikel muß gut gewirkt haben, wenn man jeht alle Sebel in Bewegung leht, um den Verfasser namhaft zu machen. Die demokratischen Landwirte hätten es gar nicht nötig, sich in einer Wochenschrift zu äußern, wenn Gemährt geboten würde, sich frei und offen im Organ des Deutschen Bauernbundes zu äußern. Das ist leider nicht der Fall. Wer es wagt, gegen Herrn Dr. Böhm zu schreiben, der wird bestimmt in der Redaktion vorgezerrt und bei irgend einer Gelegenheit vollständig fall gelieft. Diese Methoden in der Organisation des Deutschen Bauernbundes sind bekannt. So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt. So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt. So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt. So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt.

So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt. So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt. So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt. So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt. So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt.

So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt. So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt. So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt. So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt. So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt.

So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt. So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt. So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt. So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt. So mander Kreisvereinsvorsitzende sind bekannt.



Jaken, das waren die Demokraten unter Führung des Landtagsabgeordneten Meinde. Die politischen Vertreter vom Bauernbund haben, wie schon so häufig, auch hier wieder gegen die bäuerlichen Belange gekämpft.

Im Organ des Deutschen Bauernbundes steht davon nichts. Dagegen findet man sehr häufig Artikel, die nach einer bestimmten Methode und für einen bestimmten Zweck geschrieben sind. In der letzten Nummer wird über „Luther's Sturm“ berichtet. Die Gedankengänge sind höchlichst Art. In diesem Artikel wendet man sich wieder gegen die Demokraten und gegen die Frankfurter Zeitung. Was hier die Zeitschrift des Deutschen Bauernbundes aussagt, weiß jeder Landwirt in der Provinz Sachsen aus dem Kreisblatt. In diesen Blättern wird die Politik der Deutschen Nationalen verbreitet ganz im Sinne der letzten Nummern des Deutschen Bauernbundes. Was an diesen Artikeln besonders augenfällig ist, ist die Behauptung, die Demokraten hätten keine Bauern in ihrer Fraktion. In der preussischen Landtagsfraktion sitzt Herr Waghorst de Wente, seines Zeichens Präsidialmitglied des Deutschen Bauernbundes. Es ist doch annehmbar, daß Herr Waghorst de Wente auch in den Augen des Deutschen Bauernbundes etwas von landwirtschaftlichen Fragen versteht; doch mindeten ebenso viel, als wie der volksparteiliche Abgeordnete Gutsbesitzer Westermann-Siems, der gleichzeitig eine führende Rolle im Deutschen Bauernbunde einnimmt. In der demokratischen Partei sitzen ganz herzerzogene Sachkenner der Landwirtschaft. Ich nenne hier zwei Persönlichkeiten, die keine Landwirte sind: Für den Preussischen Reichstag geordnete Meinde und für den Deutschen Reichstag Staatsminister a. D. Rönnberg. Der Deutsche Bauernbund könnte wirklich stolz sein, solche würdigen Vertreter in einer Partei zu sehen, die als einzige bäuerliche Partei Bauerninteressen wahr. Die demokratischen Mitglieder des Deutschen Bauernbundes müssen die Tätigkeit dieser beiden Abgeordneten sehr zu schätzen und zu würdigen. Sie sind gerade diesen beiden Herren ganz besonders dankbar, daß sie in so nachdrücklicher Weise sich für die wirtschaftlichen Belange der kleineren Landwirte einsetzen. Der Schließliche Bauernbund, der mehr zu dem Zentrum neigt, hat in einer seiner letzten Nummern auf die lobenswerte Tätigkeit der Demokraten, insbesondere des Abgeordneten Meinde, hingewiesen.

Daß gerade der Deutsche Bauernbund sich so sehr für Luther einsetzt, kennzeichnet seine ganze politische Einstellung. Das Kabinett Luther-Schlieben hat doch für die Landwirtschaft garnichts übrig gehabt. Jetzt erst hat der demokratische Finanzminister Dr. Reinhold die Schäden bei der Landwirtschaft wieder gutgemacht, die das Kabinett Luther-Schlieben veranlaßt hat. Ich halte es für meine Pflicht, ganz offen über die politische Haltung des Deutschen Bauernbundes zu schreiben, weil ich mir durch solche Kritik in einem politischen Blatte mehr vernehme, als in kleineren Veranlassungen des Deutschen Bauernbundes. Die Zeit wird kommen, wo auch im Bauernbunde der gewisse Föderalismus, den man jetzt mit besonderer Vorliebe gegen die Deutsche Demokratische Partei führt, beseitigt gelangt wird und man der demokratischen Partei die Achtung und Anerkennung für ihr mannhaftes Eintreten für die Landwirtschaft nicht verleiht.

Der Beobachter.

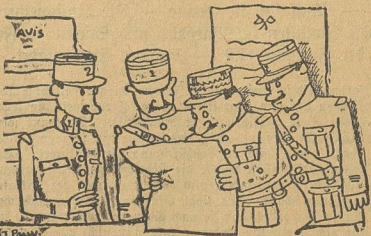
### Sitzung des demokratischen Parteivorstandes.

**Vertrauensklärung für Koch. — Fürtzenabfindung.**  
Am Donnerstag vor Pfingsten nachmittags fand im Reichstag eine Sitzung des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei statt, in der die politische Lage und die Frage der Fürtzenabfindung erörtert wurde. Der Parteivorstand, Reichsminister a. D. Koch, gab einen Lebensbericht über die Ereignisse der letzten Wochen und stellte fest, daß die Entschlüsse der Fraktion mit den Beschlüssen des Parteivorstandes übereinstimmen. Die demokratische Politik hat nicht nur die Logik, sondern auch den Erfolg für sich gehabt.

In der Diskussion sprachen die Vertreter der einzelnen Landesstellen dem Parteivorstandes Koch auf ausdrücklichen Wunsch ihrer Parteioptionen ihr besonderes Vertrauen aus für die klare Politik, die Koch in der Flaggenfrage durchgeführt hat. Daraufhin wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Parteivorstand stellt fest, daß der Reichsfinanzminister Luther in der Flaggenfrage einen Konflikt unnötig her-

### Der Brief Abd el Krim's



Abd el Krim redet immer von Freiheit! Aber die wollen wir ihm ja bringen! (Le Canard echino)

aufbeschworen und die Beilegung dieses Konflikts durch seine Nachgiebigkeit gegen die Deutschen unmöglich gemacht hat.

Der Parteivorstand billigt, daß die Fraktion die Zusammenarbeit mit dem Reichsfinanzminister Luther abgelehnt hat. Eine Rücksicht darauf, daß seine Außenpolitik, Handelspolitik und Wirtschaftspolitik nur von den Parteien der Mitte und der Linken getragen werden konnte, hat Dr. Luther durch sein Verhalten in der Flaggenfrage und seine Nachgiebigkeit gegen Rechte die Voraussetzungen für die Fortführung der bisherigen Politik unter seiner Führung zerstört.

Der Parteivorstand spricht dem Parteivorstandes seinen uneingeschränkten Dank aus für die kraftvolle, unbeeinträchtigte Führung der Fraktion und weist die gegen ihn von rechts in gewohnter Kampfesweise erhobenen persönlichen Vorwürfe auf das schärfste zurück.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat zur Frage des Volkenscheidens über die Fürtzenabfindung folgende Stellung genommen:

### Kunst und Leben.

#### Waltherr Rathenaus Briefe.

Von Karl Brämmer.

Erinnerungsbilder stehen vor den Augen: Da ist der Juni-Abend des Jahres 1922, als im Reichstag Seltsamer den heftigen Kampf gegen die Regierung kämpfte, die eine Regierung der Verständigung war. Waltherr Rathenaus, Reichsminister des Auswärtigen, führte die Fäden der Argumente und Schwieg. Hier sollte ein Weg verlaufen, ohne daß ein neuer geistig wurde. Rathenaus blieb unbeirrt, er wollte den Weg gehen, der der einzig mögliche war. Vierundzwanzig Stunden später war kein Stuhl leer und auf Rathenaus Platz lag ein weißer Allenskraut mit den schwarzen Schleifen der Trauer. In der stillen Königsallee im Granewald war Waltherr Rathenaus im Auto hinterwärts erschossen worden. Wenn man heute an diese Tat gedenkt, so kommt die ganze Sinnlosigkeit dieses Neuschmerzes noch deutlicher zum Bewußtsein als damals. Heute ist der Beweis erbracht, daß der Weg, den Rathenaus gehen wollte, der richtige und einzig mögliche war, und es gesamt sich wohl, des Mannes zu gedenken, der diesen Weg mit dem Preis eines Lebens bezahlte. Rathenaus hat sein Schicksal vorausgesehen, und trotzdem ist er nicht müde geworden, trotzdem hat er nicht die Richtung geändert. Rathenaus mußte so handeln, wie er gehandelt hat, er konnte nicht anders. Wenn es selbst noch eines Beweises bedürft hätte, so liegt dieser Beweis jetzt in unseren Händen, wenn wir seine Briefe lesen, (Waltherr Rathenaus Briefe, Carl Reiner, Verlag Dresden). Hier lesen wir und führen wir das Bild eines Menschen, eines nachsichtigen Menschen, das Bild eines Mannes, dem über sein engeres Arbeitsgebiet hinaus Deutschland die große Verheißung war.

Die vorliegenden Briefe stammen aus den Jahren 1888 bis 1922. Mit Ausnahme der Jugendbriefe, weniger Reisebriefe und der letzten Postkarten aus Genoa sind das alles Briefe, die nach Feierabend geschrieben wurden. Rathenaus war einer der Wenigen, die im Zeitalter des Telegraphen noch die Kunst des Briefschreibens verstanden. Aus seinem stillen Haus im Granewald gingen diese Briefe in die ganze Welt. Und der Mann, dem Klagen von Feindschaft entgegenschossen, durfte deshalb doch nicht klagen; er hätte diese Feindschaft nicht ertragen können, wenn ihm nicht auf der anderen Seite echte und tiefe Freundschaft entgegengebracht worden wäre.

Am besonders zeigte seine Freundschaft mit dem Volkserzieher Wilhelm Schwamer, daß sich über gegenwärtige Anschauungen eine Brücke der Verständigung schlagen läßt, und

„Als das Volksbegehren stattfand, konnte die Deutsche Demokratische Partei noch hoffen, daß auf Grund der Verhandlungen mit der Regierung und den anderen Regierungsparteien die Auseinandersetzungsfrage in annehmbarer Form auf gegenseitigem Begehren vor dem Volkenscheid geregelt werden würde. Diese Hoffnung ist heute wesentlich verringert, da es scheint, daß diejenige, die im Gegensatz zur Deutschen Demokratischen Partei alles auf die Karte des Volkenscheidens setzen, ihren Willen durchsetzen. Hierbei liegen sich die einen von der Hoffnung leiten, der Volkenscheid werde mäßigen und hinterher ein Entgegenkommen bei der gegenseitigen Regelung dieser Frage überflüssig werden, die anderen von der Hoffnung, der Volkenscheid werde umso eher gelingen, je weniger es vorher zu einer befriedigenden Lösung gekommen sei. Unsere maßvollen Vorschläge zu einer rechtzeitig gegenseitigen Regelung waren nicht durchzuführen.

Auch der Versuch der Deutschen Demokratischen Partei die Fragestellung beim Volkenscheid dadurch zu verbessern, daß durch einen Zusatz zu dem begehren Gesetz die Säule zu einer angemessenen Entschädigung der Fürtzenfamilie verpflichtet werden sollen, ist im Reichstag gescheitert.

Kriegsbeschädigte, Auslandsdeutsche, Betriebslose, Sparers, Kriegsanleihebesitzer, Hypothekengläubiger, Geltungsgläubiger, Besitzer von ausländischen Wertpapieren und die große Zahl all der anderen durch Krieg und Kriegsfolgen Beschädigten haben durch Kriegsmahnmahnen und Eingriffe des Staates fast alles verloren; in ein solches Zeit den Fürtzen die großen Vermögen zu lassen, die sie nur als Herrscher annehmen konnten, und die nur als Herrscher zu repräsentativen Zwecken brauchen, ist ein Trauerspiel der Parteivorstandes als ein Unrecht. Dieses ist recht durch eine gerechte Regelung zu beseitigen, hat die Deutsche Demokratische Partei von ihrem ersten Antritt an durch die ganzen Verhandlungen sich bemüht und will sie sich weiter bemühen. Die Seite, die die Partei zu einer entschuldigenden Entgegnung nicht die Hand zu bieten da sie dem Privatigentum als die Grundlage jeder vordringlichen Wirtschaftspolitik betrachtet und als eine durch Verfallung geschwächte Einrichtung anerkennt.

Bei dieser durch eine unglückliche Fragestellung in meinen Schläge lehnt es die Partei ab, eine Parole a. la geben. Sie muß es jedem Einzelnen ihrer Wähler selbst anlassen, sich nach gewissenhafter Prüfung zu entscheiden. „Parteilichkeit erwartet, daß auch die Parteioptionen die Gewissensfreiheit ihrer Mitglieder in dieser Sache durch keinerlei Beschlüsse beeinträchtigen.“

Die vorstehende Entschließung wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

### Demokratische Parteitag in Düsseldorf.

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei beschloß, dem Parteiaussschuß vorzuschlagen, den nächsten Parteitag Anfang September in Düsseldorf abhalten.

### Freie Bahn dem Tüchtigen.

Die Rechtsparteien gegen den Aufstieg der mittleren Beamten.

Das von Bethmann-Hollweg im Kriege geprägte Bild von der „Freien Bahn dem Tüchtigen“ scheint immer mehr verloren zu gehen. Man hat einmal einen Anlauf gemacht, aus dem tüchtigen Beamten den Aufstieg in eine höhere Stelle zu verhindern.

Das von Bethmann-Hollweg im Kriege geprägte Bild von der „Freien Bahn dem Tüchtigen“ scheint immer mehr verloren zu gehen. Man hat einmal einen Anlauf gemacht, aus dem tüchtigen Beamten den Aufstieg in eine höhere Stelle zu verhindern.

Als dann der Umsturz kam, lesen wir in seinen Briefen, „Was geschah ich, habe ich vier Jahre lang kommen sei doch jede Warnung war vergeblich.“ Man müßte mir hier ins Tal, um ganz von neuem unter Wäldern den Weg zu gewinnen, doch diesmal einen, der zur Spitze führt.“ Rathenaus wollte, daß die Beamten, die in den Revolutionen die alten Kräfte lebendig waren. Er sprach von der Revolution die alten Kräfte lebendig waren. Er sprach von der Revolution die alten Kräfte lebendig waren. Er sprach von der Revolution die alten Kräfte lebendig waren.

Und dann kam die Zeit seiner öffentlichen Tätigkeit, dieser Entschluß zur Amtübernahme war der schwerste Schritt seines Lebens. Damals, im Juni 21, schreibt er: werden Mann für Mann in den Graben springen müssen, er überleben werden kann. Gleichwohl: er wird nie müde werden, wenn nicht einer beginnt. Am gleichen 21. schreibt er an Max Warburg: „Alles kommt darauf an, stärksten Kräfte des Landes mobil zu machen; gelingt es mit beachtlichen Politik der christlichen Verständigung nicht, so liegt es überhaupt nicht, denn der andere Weg ist ausfindig.“

Am schicksalstündlichen werden in seinen Briefen jene Stellen in denen er sein jedes Ende vorausfühlte. Da sind drei Briefe die er in stiller Stunden an Lore K. schrieb und in die Briefen ich zu lesen: „Ich werde nicht länger leben, als bis mich ausgegeben haben. In meinem Leben ertrage ich die nicht, ertrage ich nicht das Maß von Hoff und Feindschaft, auf meinen Schultern liegt. Ich ertrage es, weil ich auf eigenen Willen, keine Feindschaft, kein eigenes Leben mehr be, sondern da bin, wie ein Mensch in einem Panzerkammer, seinen Befehl hat und ein Gefühl beie.“

Wenn ein unerbauetes Leben endet soll, so geschieht nicht aus Mitleid, sondern weil es seinen Abschied gefunden. Daran bin ich für jede Stunde, die mit mir verbringt und welcher Sach, welcher Wissenschaft des Wertes letzter ziemt nicht zu tragen.“

„Jede Gewalt in der Welt wirkt fort, wie jede neue Welt, und dazu da, um vom Reiben der Welt etwas auf zu nehmen, indem wir unsere Kräfte darbieten — nicht zu mehren, indem wir Gewalt tun.“



Stellung zu ermöglichen, so ist die hohe Bürokratie jetzt mindestens wieder eifrig am Werke, nicht nur um zu bremsen, sondern auch um das Erreichte wieder rückläufig zu machen, und wieder mehr zu der lastenmäßigen Abgeschlossenheit zu kommen, wie es der alten konservativen Aufstellung entspricht. Als der demokratische Abgeordnete Barthele (Hannover) bei der Beratung des Haushalts des Finanzministeriums im Hauptauschuss des Landtages forderte, daß man durch Verminderung der Zahl der Referenten in den Ministerien und bei den Provinzial- und Bezirksbehörden, durch Verteilung von größerer Selbständigkeit auf die örtlichen Beamten und auf die Orts-, Bezirks- und Provinzialbehörden sowie durch Übertragung von Arbeiten auf Amräte und Amtmänner die Verwaltung vereinfachen und vereinfachen solle, erklärte der deutsch-nationale Abgeordnete Wehmer für seine Partei, daß sie eine Verminderung der Zahl der höheren Beamten unter allen Umständen befürworten werde, weil dadurch die höhere Beamtenhaft an Einfluss im Staate verliere. Er erkennet gern den Fleiß und die Tüchtigkeit der mittleren Beamten an, aber das alte System, bei dem der eine den anderen kontrolliert habe, sei doch sehr feil ausgeklüffelt gewesen, und daran solle man nicht rütteln.

Erkennen denn die Deutschenationalen noch immer nicht, daß man dadurch, wenn man die Zahl der höheren Beamten künstlich hoch hält, diesen am meisten schadet? Der Abg. Barthele hat mit aller Deutlichkeit erklärt und beantragt, daß bei der Umgestaltung bei natürlichem Abgang die Stellen in den unteren Gruppen des höheren Dienstes wegfallen und in solche für Amräte bzw. Amtmänner umgewandelt, die Stellen in den höheren Gruppen aber erhalten werden sollen, so daß für die Beamten im Aufstieg keine Schädigung, sondern eine Verbesserung eintreten würde. Um mit der Reform endlich in Gang zu kommen, hatten die Abgg. Barthele (Hannover) und Hoff beantragt, in den Haushaltsplan Vermerke aufzunehmen, wonach freierwerbende Finanzratsstellen im Finanzministerium — selbstverständlich ebenso wie bei den anderen Ministerien freierwerbende Regierungsstellen — in solche für Amräte und bei den Oberpräsidenten und Regierungen freierwerbende Regierungsratsstellen nicht nur in Stellen für Regierungs- und Ratsträte, sondern auch in solche für Regierungssammler umgewandelt werden können, so daß auf diese Weise der tüchtigsten mittleren Beamten neue Beförderungstellen geschaffen würden. Ferner hatten sie beantragt, um das Aufsteigen der höheren Beamten zu verbessern, daß der Etatvermerk, wonach freierwerbende Oberregierungsstellen in solche für Regierungsräte umzuwandeln sind, gestrichen werden solle. Diese Anträge wurden bedauerlicherweise abgelehnt. Für sie stimmten nur die Demokraten und die Sozialdemokraten. Nach der organischen Staats- und Verwaltungstheorie gilt als bei den Parteien der Rechts immer noch der Grundplatz: die Grenzen zu wahren und dem Tüchtigen seine freie Bahn zu geben. Bei allen wohlwollenden Erklärungen und Anerkennungen der Leistungen verlagern die Parteien der Rechts immer, sobald es gilt, hieraus die praktischen Konsequenzen zu ziehen. Und warum? Die Bürokratie, die immer die stärkste Stütze des Konservatismus gewesen ist, könnte an Einfluss verlieren! Das sind tiefste Kräfte, die andauernd im Lande über die hohen Kassen und die hohen Aufwendungen für die Beamten klagen und, wie der Abgeordnete Müller-Stranten von der Wirtschaftspartei erklärt, die Beamten freisetzen aus auf. Alles dieses Klagen ist aber sinnlos, wenn man nicht den Mut zu durchgreifenden Reformen aufbringt. Nicht die Beamten sind hier die Schuldigen, sondern der Gesetzgeber und die Parteien, die immer nach dem Staat streben und jede Vereinfachung in der Staatsverwaltung bekämpfen. Die Beamten haben gar kein Interesse an der hohen Zahl, sondern fordern mit Recht: nicht mehr als nötig, dann aber selbstverständlich ausreichend bezahlt!

### Aus Parlamenten und Parteien

#### An unsere Freunde!

Auf Wunsch haben wir einigen Freunden unserer Bewegung seit Wochen ein Freirexemplar kostenlos überwiesen. Diese Exemplare mußten wir zu unserem lebhaften Bedauern ab 1. Juni zurückziehen, da wir von diesem Zeitpunkt an wiederum an andere demokratische Wähler Freireize abgeben wollen. Wir bitten alle, die bisher von uns ein Freirexemplar erhalten haben, unsere Wohnschrift ab 1. Juni beim Postamt zu bestellen oder unsere Expedition in Magdeburg, Breiter Weg 139-140, die Bezugsgebühren möglichst für mehrere Monate einzulösen. Der Bezugspreis beträgt monatlich einschließlich der Zustellungsgebühr 60 J.

#### Die Urteilsbegründung im Münnchener-Prozess.

Aus Emden wird uns geschrieben: Aus dem nunmehr vorliegenden Urteil im Münnchener-Prozess verdient die Begründung ganz besondere Beachtung. Diese Begründung bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine völlige Verurteilung Münnchmeyers. Nach diesem Urteil ist erwiesen, daß Münnchmeyer in Emden Mädchen angepöbeln, und das Gericht ist davon überzeugt, daß er Anstoß gesucht hat. Münnchmeyer, so heißt es, verdient den Namen eines Geisteslosen nicht. Seine Angaben, er habe Medizin und Jura studiert, seien wissenschaftlich falsch. Auch im Disziplinarverfahren habe er diese Lüge vorgebracht. Sein Verhalten in diesem Punkte sei eines Parteigenossen unwürdig, ebenfalls seien seine politischen Äußerungen als für einen Parteigenossen unzulässig zu bezeichnen. Der Fall der Markenbefreiung ist keineswegs so harmlos, wie er im Disziplinarverfahren hingestellt worden ist. Das Münnchener das Schlußfloskel verhängte, geht nicht auf dem Zweck, etwas zu verbergen. Ungeheuerlich ist die Art und Weise, wie Münnchmeyer als Geistlicher gegen eine Frau vorgeht, die ihn wegen seiner politischen Predigten zur Rede stellt; auch der Postamt misshandlung

Hotelbesitzer ist erwiesen. Diese Handlungsweise ist verwerflich und muß aufs schärfste mißbilligt werden. Die Angeklagten waren deshalb berechtigt, von Terror zu sprechen. Münnchmeyer hat weiterhin versucht, ein Dienstgeheimnis zu erpressen. Das ist von einem Parteigenossen schändlich und unbegreiflich. Ganz unerhört ist die Art, wie Münnchmeyer Gerichte vertritt. Man muß hier von Verleumdung sprechen. Die Berufung auf das Seelensorgegeheimnis ist einfach unmöglich. U. a. hat Münnchmeyer einen pflichttreuen Beamten in einer Weise angegriffen, die an Landfriedensbruch grenzt. Das Gericht war erkannt, daß Münnchmeyer nicht bereits durch das Disziplinarverfahren erwidert worden ist. Münnchmeyer ist jedenfalls der Unwahrhaftigkeit mehrfach überführt worden. Alles in allem hatten die Angeklagten recht, ihn einen falschen Priester zu nennen. Die Beurteilung erfolgte lediglich wegen formaler Beleidigung. Es kann kein Zweifel mehr bestehen, daß die völkische Säule von Sorlum nunmehr endgültig gestürzt worden ist.

Überaus bezeichnend ist zudem noch die Art der Beleidigung Münnchmeyers, der in dem Augenblick, als er die Hand zum Schwur erhob, noch hat, eine Erklärung abgegeben zu dürfen. Münnchmeyer sagte dabei aus, es seien so viele Fälle vorgebracht worden, daß es unmöglich sei, sich in jedem Falle der Einzelheiten noch genau zu erinnern. Er habe deshalb sämtliche Angaben mit einer gewisser Einschränkung gemacht, das müsse er ausdrücklich feststellen.

## Staatspräsident a. D. Dr. Hummel M. d. R.



vormittags 11 Uhr in der **Freundschaft**  
Bräulanstraße 32.

### Zu dieser Versammlung laden wir die Freundschaft ein. Deutsche Demokratische Partei Magdeburg.

Ein solcher Eid mit solchen Einschränkungen ist immerhin eine Rechtheit, wie sie dem jetzt endgültig erledigten Parteivorstand Münnchmeyers vorbehalten geblieben ist.

Wodurch Münnchmeyer selbst schon nicht für erledigt zu halten, denn in einer Erklärung, die er jetzt veröffentlicht, sagt er, daß er kein Amt als Parteivorstand niedergelegt habe, um nunmehr als durch keinen Jüngling beschwert, den Kampf für die völkische Erneuerung unseres Volkes auf drücklich und deutscher Grundlage unbrüchlich und nachdrücklich weiterzuführen zu können. Wenn Herr Münnchmeyer also jetzt denkt, seine Tätigkeit ohne die Rückendeckung des Zentrums fortzuführen, so wird dafür getrotzt werden, daß ihm das unaufrichtige Handwerk gründlich gelegt wird, wenn er noch nicht genug haben sollte.

**Notverordnung und Aufmarschplan.** In der Reichspressen ist behauptet worden, daß die vielbesprochene „Notverordnung“ bereits seit drei Jahren im preussischen Ministerium des Innern gelagert hätte, ebenso ist gesagt worden, daß der berüchtigte „Aufmarschplan“ Herrn Seering bei einer Unterhaltung mit Führern der vaterländischen Verbände über die Niedererkämpfung eines kommunistischen Aufstandes feierlich und förmlich übergeben worden sei. So einfach liegen die Dinge nun denn doch nicht. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mittelt, ist die „Notverordnung“ den Behörden erst seit etwa zwei bis drei Wochen bekannt, während der „Aufmarschplan“ der Polizei erst bei einer der letzten vorgenommenen Hausdurchsuchungen in die Hände gefallen ist.

#### Verneckelter Methoden des Landbundes.

Der Landbund scheint sich neuerdings für seine Propaganda eigenartiger und gefährlicher Methoden zu bedienen. Es ist das ein sehr gewagtes Spiel mit dem Feuer, wie ja die Bürgerunruhen in Verneckel bewiesen haben. Der Brandenburgische Landbund hat in allen größeren Orten Brandenburgs Demonstrationen veranstaltet, die überall bei den Landräten- und Finanzämtern abgelehnt wurden. Bei der Abgabe dieser Forderungen kam es mehrfach zu Zusammenstößen. So verlusten in Neuzurpin die Demonstranten in das Finanzamt einzudringen. Ein Aufgebot von Landjägern bemühte sich zunächst vergeblich, die Massen zurückzudrängen und mußte dann die Schutztruppe bereit halten. Nach den Mitteilungen der deutsch-nationalen Presse haben dann die Leiter des Landbundes verurteilt, den Zug abzulenken. In Jansch-Belzig wurden unerhörte Drohungen gegen das Finanzamt ausgehoben. In Trossen mußte das Katasteramt durch Landjäger geschützt werden und in Templin verlusten die Demonstranten, in das von der Polizei besetzte Finanzamt einzudringen. Bei den vorhergehenden Versammlungen haben die Landbundesführer allerdings versessen, mitzuteilen, daß auf Grund der demokratischen Forderungen der Reichsfinanzminister für die kleinen Landwirte die Umsatzzsteuer gemildert hat, indem vom Eigenverbrauch keine

Umsatzzsteuer mehr zu zahlen ist. Die neue Propaganda des Landbundes verdient die größte Aufmerksamkeit der Regierungstellen, da sie nur zu geeignet ist, Ruhe und Ordnung zu gefährden.

#### Gildemeisters Lösung zur Flaggenfrage.

In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ veröffentlicht der völksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Gildemeister einen Aufsatz zur Flaggenfrage und schreibt u. a. folgendes: „Bei praktischen Vorschlägen zur Lösung der Flaggenfrage dürften zwei Gesichtspunkte ins Auge zu fassen sein. Die Reichsverfassung spricht nur von den Reichsfarben, sie spricht nicht von den Hoheitszeichen des Reiches. Als ungeschriebenes Hoheitszeichen gilt aber der schwarze Reichsadler. Der zweite Umstand ist der, daß die Reichsfarben Schwarz-rot-gold keine Flaggenfarben sind, ein Umstand, der früher schon zu Vorschlägen geführt hat, die Reihenfolge der Farben zu ändern und nach hellem dunkelblau das Gold der Flaggen in die Mitte zu nehmen. Ich muß hier schon „gelb“ sagen, denn gold ist überhaupt keine Flaggenfarbe, sondern kann höchstens den heraldischen Untergrund für den Reichsadler abgeben. Ich denke mir nun die Regelung folgendermaßen: Im Artikel 3 (der Verfassung) wäre zunächst zu sagen, das Hoheitszeichen des Reiches ist der schwarze Reichsadler auf goldenem Grund. Die Reichsflagge ist Schwarz-weiß-rot. In dienstlichem Gebrauch treten die Hoheitszeichen des Reiches hinzu. Wenn die Kunst der Politik ist, daß man auch mit Irrtümern rechnet, so könnten die Reichsfarben Schwarz-rot-gold als Reichsfarben erhalten werden, entl. auch als Dienstflagge innerhalb Deutschlands.“ Hier sieht man also schon, wie man sich in völksparteilichen Kreisen die Einheitsflagge vorstellt, das heißt also, Schwarz-rot-Gold soll verschwinden und Schwarz-Weiß-rot soll an seine Stelle gesetzt werden.

#### Schulbücher der neuen Zeit.

Als Anlaß einer Anfrage im Preussischen Landtag, in der darüber Befürwender geführt wurde, daß an höheren Schulen noch eine Sprachlehre gebraucht würde, die inhaltlich eine Verherrlichung der Monarchie und des Militarismus wäre, antwortet der preussische Kultusminister nunmehr und stellt fest, daß gegen Lehrbücher, die mit dem Geist der Verfassung nicht im Einklang stehen, von der preussischen Unterrichtsverwaltung mit aller Entschiedenheit vorgegangen worden ist. Es sei angeordnet, daß in den Lehr- und Lehrbüchern alle Stellen zu entfernen seien, die sich in anerkennender Weise mit dem bisherigen Kaiserhaus befähigten. Die Benutzung der Lehrbücher für Geschichte, wie sie bei Beendigung des Krieges im Gebrauch waren, ist überhaupt untersagt worden. Weiterhin ist bestimmt worden, daß von Oftern d. J. ab nur noch solche Lehrbücher im Unterricht verwendet werden dürfen, die im Verlauf der letzten zwei Jahre ausdrücklich genehmigt worden sind. Diese Lehrbücher sind ebenso wie die neuerdings genehmigten Lehrbücher für Geschichte sorgfältig darauf hin geprüft worden, ob sie dem Artikel 148 der Reichsverfassung nicht widersprechen. In anderen Unterrichtsgegenständen wird nach einer geringen Zahl älterer Lehrbücher gebraucht. Der Kultusminister beschäftigt die Verwendung sämtlicher älterer Lehrbücher im Unterricht zu unterlegen, sobald sich die Auswärtigen der Neuordnung des höheren Schulwesens überlassen lassen, und sobald genug andere Lehrmittel übergebracht sind, die die Ansprüche eines zeitgemäßen Unterrichts befriedigen. Gegen die Schulen, die in ihrem Unterrichte nicht genehmigte Lehrbücher benutzen, wird vorgegangen werden.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag  
Rudwig König, Magdeburg.  
Druck: Buchdruckerei Hugo Wepers (Wlg. Ztg.), Dessau.

**Bei unregelmäßiger Post-Bestellung**  
beschwere man sich stets bei dem zuständigen Postamt, auch dann, wenn dem Leser unsere Zeitung durch den Verlag überwiesen wird. Erst wenn die wiederholte Beschwerte ohne Erfolg bleibt, bitten wir um Mitteilung.

#### Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg.

### Auto-Privat-Fahrschule

Ob.-Ing. Val. Bohland

bildet Kraftfahrzeugführer aller Klassen  
zu kulantesten Bedingungen unter  
Magdeburg - Wilhelmshaus - Eing. Editharing.  
— Eintritt jeder Zeit. —

Tel. 6354. Tel. 6354.

### Offenbacher Lederwaren - Haus

Ulrichstraße 17, neben Café Behrend.

**Damentaschen - Aktenmappen  
Reisetaschen - Reisekoffer**

Große Auswahl in Geschenk-Artikeln.



◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

Das führende Spezialhaus für Webereiwaren!

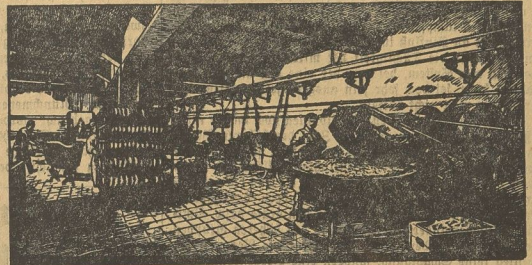


**Die Qualitäts-Marke!**

Unsere Preise sind billig!

**Friedrich Cohn**  
Webereiwaren • Breitweg 7/8o

**Konsum - Verein für Magdeburg u. Umgeg. E. G. m. b. H.**



**Fleisch- und Wurstwaren**  
in bekannter Güte.

**Frisches Schweinefleisch**  
in allen Lagern.

Von dieser Woche ab führen wir wieder prima  
**Rinder- Gefrierfleisch**  
allerbeste Qualität.

Rouladen	Stk. 100 Pfg.	hohe Rippe	Stk. 72 Pfg.
Filet	„ 100 „	Roastbeef	„ 72 „
Schmorfleisch	„ 90 „	Roastfleisch	„ 60 „

**Salzquelle**  
Jeden Sonntag:  
**Konzert**  
Anschließend  
**Tanzkränzchen.**

**Steinerner Tisch**  
Breiter Weg 94  
Täglich Konzert  
Mittags- u. Abendtisch  
im Abonn. 85 Pfg., Gedeck 1,—

**Fahr- und Motorräder**  
fabriken auf Vollabnahme ohne Vorauszahlung  
von **fünf Mark** an.  
monatlich billige Preise. Verlangen Sie Katalog  
**H. R. Bergmann,**  
Vertriebs-Zentrale  
Breslau I (13/75) Karlsplatz.

**Landhaus Diesdorf**  
Carl Verneke  
Telephon 3746 — Schattiger Garten  
Jeden Sonntag: Gesellschaftsbill!

**KAVAUMA**  
KRANKENKASSE DES KAUFMÄNNISCHEN VEREINS / GEGR. 1899  
**DIE BESTE VERSICHERUNG GEGEN KRANKHEIT**

**Möbel**  
Herren-, Speise- u. Schlafzimmer sowie Küchen und ein. Stücke empfindlich billig!  
**Gottfr. Heinrich,**  
Schönfelderstr. 9

**Alfred Enck**  
Schreibmaschine Stenograph. Buchführung Korrespond. etc.

**Inserieren bringt Erfolg!**

**Siebert & Wübbach :: Magdeburg.**  
Inhaber: Richard Siebert  
Große Münststraße 16. Fernsprecher 7230  
Kolonialwaren — Konserven — Delikatessen  
Wein und Spirituosen.  
Spezialitäten: Rheinisches Apfelkraut — Weineffig  
Frankfurter Apfelwein von Adam Räcktes.  
Lieferung frei Haus.

**Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“**  
Bes. Ad. Kühnagel.

**Meyer Michaelis**  
Begr. 1894 Magdeburg. Begr. 1894  
Gr. Marktstr. 16 — Fernspr. 1424  
Günstigste Bezugsquelle für Sohle, Oberleder u. sämtliche Schuhmacher-Bedarfsartikel

**Jalousien, Rolläden, Fußbodenholzmatzen**  
Reparaturen, Reparaturmaterial.  
**Jalousiefabrik Schmidt,**  
gegründet 1871.  
Magdeburg, Helliggassestr. 24, Tel. 922.

**Fernruf 7100**  
**In Trauerfällen Carl Ebeling**  
Hauptwache 8/9 am Alten Markt  
Schrotestr. 28, Wilhelmstadt  
**Särge** Eigene Fabrikate Solide Preise  
**Ueberführungen** m. elg. Leichenautos • Leichenwäscherin jeder Zeit.

**Hohenzollern-Park.**  
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag von 4 Uhr ab  
**Kaffee-Konzert** mit **Kleinkunst-Bühne.**  
Eintritt frei. Eintritt frei.

**Kriegsbeschädigte!**  
Care wirtschaftliche Interessenvertretung ist einzig und allein der auf republikanischem Boden stehende **Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen.**  
Ausreichende Versorgung und Fürsorge ist sein Ziel, seine Parole: **Nicht Dank, sondern Recht!** Deshalb **Sinein in den Reichsbund!**  
Anmeldungen nehmen entgegen:  
Gaugeschäftsstelle Magdeburg, Alte Ulrichstraße 18.  
Bezirksgeschäftsstelle Halle, Brandenburgerstr. 10 III.

*Kennen Sie schon den Garantir-Trumpf?*  
Alleinverkauf für Magdeburg  
**Mah-Jong**  
*Noch heute sollten Sie einen Probekauf machen. Paar 300*  
**BARASCH.**

**Parkrestaurant Vogelgesang**  
berühmt durch seinen uralten Baumbestand und durch seine wunderbaren Rosen- und Dahlien-Anlagen, die bedeutendsten der Provinz.  
Sonntags:  
**Gesellschafts-Ball.**

**Haben Sie** sich schon dem **Konsumverein Magdeburg** angeschlossen?





## Sechs Monate neuer deutscher Zolltarif

Bei der Beratung des deutsch-spanischen Handelsvertrages hat der demokratische Abgeordnete Oskar Meyer-Berlin mit den Reichsnationalen eine handelspolitische Abrechnung vorgenommen und ihnen nachgewiesen, daß sie Schuld daran seien, daß unsere industriellen Beziehungen zum Ausland jetzt Jahr und Tag schwer geschädigt worden sind. Zu diesem Thema äußert sich nunmehr auch der demokratische Abgeordnete Ernst L. Meier, der gleichzeitig die Wirkungen des neuen deutschen Zolltarifs nachfolgend schildert:

„Der neue deutsche Zolltarif, der vom Reichstag am 10. August 1925 verabschiedet wurde, ist seit dem 1. Oktober des vorigen Jahres in Kraft getreten. Dieser Zolltarif sollte das Mittel sein, um den Abschluß von Handelsverträgen zu erleichtern, Deutschlands handelspolitische Beziehungen mit der Weltwirtschaft neu zu ordnen. So sagte es wenigstens in der großen Zolldebatte des Reichstages der damalige Reichswirtschaftsminister Dr. Reubaus. Mehr als sechs Monate sind inzwischen seit der Wirksamkeit des neuen Zollgesetzes ins Land gegangen. Deutschlands handelspolitische Lage hat sich seitdem keineswegs gebessert, sie bleibt im ganzen höchst unerfreulich. Nur äußerst mühsam gelangt es, die handelspolitischen Beziehungen der deutschen Volkswirtschaft mit der Welt, die durch Krieg und Inflation, länger als ein Jahrzehnt, fast völlig zerstückt waren, neu zu gestalten. Jedenfalls, selbst wenn man vorurteillos alle Symponderabilien, die in der besonderen Ungunst unserer handelspolitischen Situation im allgemeinen liegen, anerkennen will, muß man dennoch heute feststellen, daß sich der deutsche Zolltarif in der Praxis nicht als das positive Mittel zur Förderung des Abschlusses von Handelsverträgen erwiesen hat. Die unverständbare hochzollnerische Tendenz des deutschen Zolltarifs hat, im Gegenteil, in vielen Ländern, wie befürchtet, eine neue Welle zur bedauerlichen Verfestigung der allgemeinen Hochschutzbewegung in Europa ausgelöst und damit gerade Deutschlands handelspolitische Lage nicht unwesentlich verschlechtert. Zumal deshalb, weil Deutschland gegenwärtig nach allen Seiten hin, um seine weltwirtschaftlichen Beziehungen organisch wieder aufzubauen, gleichzeitig Handelsvertragsverhandlungen führen muß, treffen uns handelspolitische Gegenmaßnahmen unserer Vertragskontrahenten doppelt schwer.“

Es rächt sich heute, daß trotz der eindrucksvollen Warnung des zollpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates der deutsche Zolltarif nicht früher aufgehellt worden ist. Mindestens ein Jahr zu spät. Denn am 10. Januar 1925 lief die bekannte handelspolitische Sperre des Berliner Vertrages ab, von diesem Zeitpunkt an hätten schon die wichtigsten Handelsverträge zwischen Deutschland und seinen Nachbarländern abgeschlossen sein müssen. Um diese Vertragsabschlüsse zu ermöglichen, wäre es notwendig gewesen, den Zolltarif spätestens im Januar 1924 zu verabschieden. Da es nicht gelang, steht heute Deutschland zu Vertragsabschlüssen zu kommen. Unsere handelspolitischen Vertragskontrahenten erkennen diesen Vorfall, verstärkte Unnachgiebigkeit und zähe Hartnäckigkeit sind die natürliche Folge.

In diesem Zusammenhang lieft nach der amtlichen Handelsstatistik ein Lieberlist gegeben über die Entwicklung unserer handelspolitischen Beziehungen mit solchen Ländern, die zu uns wieder in ein näheres Vertragsverhältnis getreten sind. Wir vergleichen nachfolgend in Millionen Mark die Ziffern der Jahre 1924—1925:

	Unsere Einfuhr	Unsere Ausfuhr
	aus:	nach:
Italien	1924 1925	1924 1925
Tschechoslowakei	368 499	241 368
Ungarn	437 533	379 455
Belgien	48 83	77 96
Desterreich	150 374	94 210
Schweden	143 178	317 344
Frankreich	276 486	380 440
Japan	116 174	132 200
England	18 29	144 179
Holland	881 1059	612 937
Schweden	459 752	649 998
Schweden	132 294	286 343
Bereinigte Staaten	1754 2561	509 603

Zu diesen Ziffern ist einiges zu bemerken. Die Handelsvertragsabschlüsse mit den oben bezeichneten Ländern fallen zeitlich teils auf die Zeit vor Inkrafttreten des Zolltarifs, teils auf die Zeit nach dem 1. Oktober 1925. So, man muß hinzufügen, daß die für Deutschland besonders günstigen Verträge vor dem neuen Zolltarif abgeschlossen worden konnten, während danach besonders auffällig alle Verhandlungen ins Stocken kamen und mit einer Reihe der oben zuerst aufgeführten Länder neue Schwierigkeiten entstanden. So mit Holland und einigen skandinavischen Ländern, deren Handelspolitik uns in den nächsten Monaten erneut vor die Lösung schwieriger Aufgaben stellen wird. In diesen Ländern und in England hat die Tendenz unseres neuen Zolltarifs besonders starke Bestimmungen ausgelöst, die gerade in diesen grundsätz-

lich freihändlerisch orientierten Ländern zu einer Stärkung der Schutzkollektivbewegungen führte. Unsere handelspolitischen Beziehungen mit England sind deshalb erneut getrübt. Aus der jüngsten Etatsrede des Reichswirtschaftsministers Curtius im Reichstag ging mit aller Deutlichkeit hervor, wie sehr unser handelspolitisches Verhältnis mit England neuerdings mit großer Besorgnis betrachtet werden muß. Und auch sonst ist unsere Handelspolitik in den letzten Monaten ziemlich steif geblieben, was sich auf die Entwicklung unserer Handelsbilanz deutlich bemerkbar machte.

Es ist auffällig, wie mit dem Oktober 1925 die Steigerung in der Ausfuhrbewegung zum Stillstand gekommen ist, während sie vom Januar 1925 bis zum Oktober 1925 sich von 696 Millionen Mark auf 846 Millionen Mark noch zu heben vermochte. Auf der anderen Seite ist in dieser

### Künstlerisch.



„Was heulst denn, Junge?“  
„Mein Vater ist vom Stuhl gefallen und hat sich sein Bein gebrochen.“  
„Ach Gott, und da kann er nun nichts verdienen?“  
„Ne!“  
„Was ist denn dein Vater?“  
„Taschekleterer!“

Zeit — bei gleichzeitiger Ausfuhr — die Einfuhrziffer fortgesetzt zurückgegangen. Auch hier wäre der handelspolitisch fördernde Einfluß des Zolltarifs zweifelsohne zu erkennen. Die Aktivierung unserer Handelsbilanz in den letzten Monaten ist eben nicht — abgesehen von der Entwicklung der Handelsbilanz im Monat März! — die Folge einer Ausfuhrsteigerung, sondern, was bezeichnend stimmen könnte, die Folge einer wesentlichen Einfuhrminderung.

### Zur Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungsbaues.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einen Rund-erlass des Preussischen Landwirtschaftsministers, des Ministers für Volkswohlfahrt und des Finanzministers entnimmt, werden die Richtlinien für die Verwendung des für die Förderung von landwirtschaftlichen Siedlungsbaubauten bestimmten Anteils am Hauszinssteuerertrags vom 7. Juli vor. S. folgendermaßen geändert:

„Die Hauszinssteuerhypothek ist mit 3 v. H. zu verzinsen und mit 1 v. H. jährlich — unter Zuwachs der erparaten Zinsen — zu tilgen. Die Zinsen sind im Wege des Nachschusses bis auf 1 v. H. herabzusetzen, insoweit und solange sich unter Berücksichtigung der Gesamtbelastung für das Wohnungsgebäude eine höhere Miete ergeben würde, als für entsprechende, vor dem 1. Juli 1914 errichtete Wohnungen zu zahlen ist. Von der Tilgung wird bis zum 31. März 1930 abgesehen. Die Zins- und Tilgungsraten sind am 1. April und 1. Oktober jeden Jahres nachträglich an die Staatskasse zu zahlen.“

Diese Bestimmung gilt auch für die in den Rechnungsjahren 1924 und 1925 weiligsten Darlehen.

### Bäuerliche Betriebe und Umsatzsteuer.

#### Eine neue Verordnung des Reichsfinanzministers.

Die demokratische Partei hat schon kurz nach Wiederaustritt des Reichstages auf den unhaltbaren Zustand hingewiesen, daß die bäuerlichen Betriebe zur Zahlung von Umsatzsteuer verpflichtet worden sind, soweit es sich um den Eigenverbrauch von Lebensmitteln handelt, die im eigenen Betrieb erzeugt worden sind. Die Demokraten haben in einem Antrage gefordert, daß diese Umsatzsteuerpflichtigkeit beseitigt würde, ebenso wie der Großgrundbesitz für diejenigen Lebensmittel, die er als Deputat an seine Arbeiter gibt, ebenfalls keine Umsatzsteuer zu zahlen braucht.

Bei dem Gesetz über die Steuerentlastung im März dieses Jahres wurden die demokratischen Vorstöße erneut verworfen, sowohl im zuständigen Ausschuss, wie im Plenum des Reichstages und auch in den interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien. Besonders hat sich der Abgeordnete Rinneburg in diesen Besprechungen für die demokratischen Wünsche mit aller Energie eingesetzt. Der Reichsfinanzminister stellte damals auch ein Entgegenkommen in Aussicht.

Wie nunmehr verlautet, wird in diesen Tagen eine Verfügung des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold erscheinen, die den demokratischen Wünschen entspricht. Danach wird die Umsatzsteuerpflichtigkeit für den selbstarbeitenden Bauern wie für seine im Betrieb mitarbeitenden Familienangehörigen aufgehoben, soweit der Eigenverbrauch nicht einen Betrag von rund 10 000 RM. im Jahre übersteigt.

Dieser demokratische Erfolg ist außerordentlich erfreulich. Er besiegelt eine Bestimmung, die mit immer wachsender Erregung in der Bauernschaft bekämpft worden ist.

## Parteinachrichten.

### Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Geschäftsführender Ausschuss). Sitzung am Montag, den 31. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Geschäftsstelle.

D. D. P. (Stammtisch). Dienstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr: Hotel „Weißer Bär“, Weinabschätz 6, Mitglieder und Freunde herzlich willkommen.

D. D. P. Politische Aussprache Sonntag, den 6. Juni, vormittags 11 Uhr, Freundschaft, Kräutlerstraße 32. Redner: Staatspräsident a. D. Dr. Hummel. Die Leser unserer Zeitschrift sind zu dieser Aussprache freundlichst eingeladen.

Demokratische Jugend. Freitag, den 4. Juni, 8 Uhr im Fräulein-Jugendheim, Zimmer 8: Literaturabend: Heinrich aus Unerhast (Fritz von Unruh). — Sonntag, den 6. Juni, vormittags 11 Uhr, Freundschaft: Parteioberammlung der D. D. P. Redner: Staatspräsident a. D. Dr. Hummel.

Kinder- und Volksfest des häftischen Volkshausamtes. Am 5. Juni veranstaltet das häftische Volkshausamtes ein Kinder- und Volksfest im Garten und den Sälen des Konzerthauses. Der Ertrag des Festes ist bestimmt, elenden und bedürftigen Kindern zur Festigung ihrer Gesundheit einen mehrwöchigen Erholungsurlaub zu ermöglichen. Je härter die Beteiligung an dem Feste ist, je mehr Eltern ihren Kindern die Freude der Teilnahme bereiten, desto mehr Kindern kann die Wohltat einer Erholungsfrist zuteil werden.

Der Konsumverein Magdeburg macht seine Mitglieder darauf aufmerksam, daß die Einkaufsmarken bis spätestens 30. Juni in den Verkaufsstellen umgetauscht sein müssen.

Bauernbündler geht Acht! In Nr. 19 haben wir die Stellungnahme der Parteien zu den demokratischen Siedlungsanträgen aufgeführt. Mit 14 gegen 2 Stimmen wurden die Anträge mit Hilfe der Volkspartei, der Partei des Herrn Dr. Böhm, zu Fall gebracht. Die „Schlesische Bauernzeitung“ kommt in ihrer Nummer 21 auf diesen Vorgang zurück und schreibt u. a.:

„Über die Notwendigkeit der beschleunigten und sachgemäßen Durchführung der Anlageverlebung aus wirtschaftlichen und nationalen Gründen, besonders im deutschen Osten, ist in letzter Zeit von Spitzen höherer Behörden und von Abgeordneten außerordentlich viel gesprochen und versprochen worden. Durch schöne Reden und Versprechungen wird aber die Anlageverlebung nicht gefördert. Auf die angeklagten Taten warten wir vergeblich, weil — wie wir bereits in Nr. 18 unserer Schlesischen Bauernzeitung vom 1. Mai 1926 berichtet haben — im Landtag und im landwirtschaftlichen Siedlungsausschuss des preussischen Landtages vernünftigen und zweckmäßigen Anträgen größter Widerstand entgegengeleitet wird. Obwohl wir bereits wiederholt die zuständigen Stellen, die Herren Abgeordneten und Parteien auf die Notwendigkeit einer beschleunigten und sachgemäßen Durchführung der Anlageverlebung und sachgemäßen Anlageverlebung gemacht haben, haben wir uns trotzdem Anfang Mai nochmals veranlaßt gesehen, den Standpunkt des Schlesischen Bauernbundes im landwirtschaftlichen Siedlungsausschuss des preussischen Landtages durch folgendes Schreiben zu unterbreiten.“

„Am 10. Mai abends soll der landwirtschaftliche Siedlungsausschuss des preussischen Landtages Stellung nehmen zu der gegen Anträge Nr. 1337 der Deutschen Demokratischen Partei betreffend Anlageverlebung.“

Der Schlesische Bauernbund erlaubt sich ergebenst, Ihnen zu dieser Angelegenheit und als Antwort auf die Auskunft des Herrn Regierungsvertreeters (nerrgl. Spalte 8763 des stenographischen Berichts) seine Auffassung zu unterbreiten.“

In einem längeren, sehr geschickt abgefaßten Schriftstück weist der Schlesische Bauernbund eine großzügige Siedlung nach. Und das Ergebnis? Die Anträge werden ab-

# Staatspräsident a. D. Dr. Hummel

spricht am Sonntag, den 6. Juni, vormittags 11 Uhr in Magdeburg in der Freundschaft.



geleht, angeblich weil der Großgrundbesitz aus dem Grund und Boden mehr herausfalle, als die Kleinbetriebe. Wo bleibt der Deutsche Bauernbund? Hat er Mut gegen die landwirtschaftliche Stellung der Deutschen Volkspartei aufzutreten? Der Schlesische Bauernbund erklärt:

Wir werden unsere Mitglieder über die Stellungnahme der einzelnen Abgeordneten und der Parteien zu dieser so außerordentlich wichtigen Frage auf dem laufenden halten, damit sie in der Lage sind, vor künftigen Reichstags- und Landtagswahlen die Parteien auch in dieser Hinsicht richtig einzuschätzen.

Burg bei Magdeburg, Alfred Zweig 4. Am 21. Mai verstarb unser Mitglied, Herr Fabrikbesitzer und Stadtrat Alfred Zweig, Mitinhaber der Firma Conrad Tad u. Co., in Wiesbaden, wo er zur Wiederherstellung seiner fast angegriffenen Gesundheit Erholung suchte. Mit Herrn Stadtrat Zweig ist eine hervorragende Persönlichkeit aus Handel und Industrie dahingegangen. Sein Name bedeutete ein Programm. Im kommunalen Leben der Stadt Burg hat er viele Jahre praktisch mitgearbeitet und war durch sein sachliches vornehmes Auftreten bei Freund und Feind beliebt. Die demokratische Partei verliert in ihm einen treuen aufrichtigen Freund, der schon der früheren freisinnigen Volkspartei gute und fördernde Dienste geleistet hat. Am Grabe nahm unter Parteifreund, Herr Schulrat Sommer, das Wort. Er verstand es ganz besonders, in warmen Worten zu schildern, wie dem Verstorbenen über alles der Dienst an seinen Mitmenschen, an seinem Volk, an seinem Vaterland stand, wie er keinen höheren Wunsch hatte als den, sein Vaterland wieder glücklich und zufrieden zu sehen.

Das Gedächtnis Alfred Zweigs wird bei allen, die ihn kannten, in bester Erinnerung fortleben. Er hat es verdient, um seine Treue und Hingabe an eine gute und reine Sache; denn er war ein aufrichtiger Bekenner des demokratischen Gedankens.

Wernigerode. Der Vorsteher Carl Meyer vom Kreislandbund Wernigerode hat Ende April einen offenen Brief an den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Bauernbundes, Herrn Dr. Böhme, im ganzen Nordharz verbreiten lassen. Es handelt sich, wie wir j. Z. berichtet haben, um ein Nachspiel der bekannten Bauernbundesversammlung, in der man den Redner des Landbundes aus dem Saal vertrieb, weil er angeblich Herrn Dr. Böhme wiederholt beleidigt haben sollte. Auf den offenen Brief brauchen wir nicht näher einzugehen. Er enthält nichts Neues, die eine besondere Schärfe gegen Herrn Dr. Böhme haben. Man wirft Herrn Dr. Böhme vor, daß er das Halenpanier ergreifen habe und daß er Lustig darüber entwichen sei. So schlimm steht die Geschichte nun doch nicht. Wer Dr. Böhme näher kennt, weiß, daß er so viel Mut aufbringt, um auch den Landbildner Reden und Antwort zu geben. Das kann Herr Dr. Böhme umso mehr, als er ja früher selbst berufsmäßiger Agitator des Bundes der Landwirte war. Uns interessiert an dem Streite so gut wie nichts. Unser Bestreben ist, den Landwirten zu helfen, ganz gleich, auf welchem Wege diese Hilfe kommt. Wenn Herr Dr. Böhme für den Bauernbund im Kreis Wernigerode, überhaupt im Nordharz arbeitet und sich auf der ganzen Linie für die Förderung ein, die die demokratische Verlagsfraktion erhoben hat, dann unterstützen wir nachdrücklich diese Arbeit. Wir haben gar kein Interesse daran, daß der Bauernbund durch die demagogische Kampfesweise der Landbildner zerrieben wird. Wir als Demokraten müssen dann eine neue Organisation aufsuchen, um den kleinen Landwirten zu helfen, denn von Landbund hat der landwirtschaftliche Mittelstand nichts zu erwarten. Der Landbund bleibt, das kann man sehr leicht nachweisen, die Interessenvertretung des Großgrundbesitzes. Wenn wir Herrn Dr. Böhme einen guten Rat geben dürfen, so empfehlen wir ihm, der freundlichen Einladung des Landbundes Kreis Wernigerode nicht zu folgen, denn in einer Verammlung der Landbildner wird sich natürlich Herr Dr. Böhme nicht durchsetzen und gegen Fanatismus ist jede Rede mit realen Vorschlägen zwecklos.

Salberstadt. Mitte Mai hat der Führer des völkischen „Fronteif“, Reichstagsabgeordneter Alsemann, über „A u b e r s t i t a d e r S t a d t“ gesprochen. Die Frontsoldaten der beiden Kämpfer Fronteif und Stahlhelm waren sehr zahlreich erschienen, um den Entscheidungskampf zwischen dem Stahlhelm und dem Fronteif zu verfolgen. Die Völkische Richtung hatte alles aufgehen, und in dieser Verammlung eine Mehrheit zu haben. Als Magdeburger, Wernigerode, Ostersee und wer weiß woher sonst noch, waren sie erschienen. Der Redner des Abends, Oberleutnant Alsemann, hielt eine seiner bekannten völkischen Reden, in der er die Jugendfrage behandelte und sich sofort gegen das Selutentum und den Marxismus wandte. An sich bot der Vortrag nicht Neues. Die völkischen Redner, die bei allen passenden Gelegenheiten Landau, Landau ziehen, halten ihre Reden in gleichem Ton und gleichem Sinne. Also an dem Vortrag war nur der Hinweis, daß nicht Selut, sondern Lubendorff der geborene Organisator und Führer der Frontsoldaten sei. Neu war ferner, daß Herr Alsemann Herrn Lubendorff politische Fähigkeiten nachrühmte. Bisher hat von diesen Fähigkeiten in Deutschland kein Mensch etwas wahrgenommen. Lubendorff hat sich bisher auf dem Gebiete der Politik nicht nur als Neuling, sondern auch als unfähiger Mann erwiesen. In militärischen Dingen sucht man ihm schon heute und gerade bei seinen Kollegen den Ruhm freizig zu machen. Erst neulich ging eine Notiz durch die Presse, wonach man Lubendorff keinesfalls als den Sieger von Tannenberg ansprechen dürfte. Wir wollen uns in den Streik der Generale nicht einmischen; auch hier wird die Geschichte ihr Urteil fällen. Der Fronteif geht ins völkische Lager. In Salberstadt hatte man erzählt, daß der Fronteif eine volksparteiliche Hilfsgruppe werden sollte. Wer die Einstellungen des Stahlhelms und seiner Magdeburger Führer kennt, der weiß, daß gerade die Magdeburger Stahlhelmführer für die Volkspartei

arbeiten: Herr Selute Vorstandmitglied der Volkspartei und bis vor kurzem volksparteilicher Stadtverordneter, Stadtrat Ludwig politischer Leiter des Stahlhelms, bisher Generalsekretär der Deutschen Volkspartei. Die beiden Namen sind für den Stahlhelm ein Programm und gleichzeitig für die Volkspartei die besten Wahlmacher. Man kann sich lebhaft vorstellen, daß die Völkischen das Bedürfnis haben, sich eine ähnliche Hilfsgruppe zu sichern und haben sie ansehend nur aus diesem Grunde den Fronteif oder, wie er sich sonst nennt, „Bund deutscher Männer“ gegründet.

### Bezirk Halle.

Deutsch-Demokratische Frauengruppe, Halle a. S. Unsere nächste Zusammenkunft findet am Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Rest. „St. Nicolaus“ statt. Tagesordnung: „Politische Aussprache“. Unsere Mitglieder sind hiermit herzlich eingeladen. Gäste willkommen.

Der Gesamtvorstand des Vereins der D. D. P. in Halle tritt am Dienstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr zu einer Sitzung im Neumarkt-Schützenhaus zusammen. Tagesordnung: 1. Ueberblick über die letzten politischen Ereignisse. 2. Besprechung über Abarbeitung einer Mitgliederverammlung. 3. Stellungnahme zur Entschliessung des Reichspartei-Vorstandes für den Volksentscheid. 4. Verfassungsveränderung.

### Unnötige Aufregung!

In unserer hiesigen Parteigeschäftsstelle lief am Pfingst-Sonntag ein an den Verein der Deutschen Demokratischen Partei gerichtetes Schreiben des „Rechtswolke“ ein. Das Schreiben hat nachstehenden Wortlaut: Die unterzeichnete Ortsgruppe des „Rechtswolke“ erhebt nachdrücklich Protest dagegen, daß von dem Preuss. Staatsministerium der Behörde im Zusammenhang mit Notverordnungen und Prüfungsplänen gebracht wird. Der „Rechtswolke“ arbeitet in voller Öffentlichkeit. Seine Tätigkeit kann von jedem überwacht werden. Gerade die bei den Leuten führenden Beschlagnahmen Ämter zeigen klar und deutlich, daß von Seiten des „Rechtswolke“ keinerlei Verbindung und Beziehung zu hochverräterischen Untertanen unterhalten worden ist.

Wir verwahren uns dagegen, daß von der dem gesamten Volke verantwortlichen Staatsregierung eines Landes dermaßen leichtfertige, widerriefene Befugungen aufgestellt werden.

Ortsgruppe Reideburg, gez.: J. A. Ortsgruppenführer.

Entgegen dem sonst üblichen Brauch trägt dieses Schreiben, trotzdem am Schluß die Worte „J. A. Ortsgruppenführer“ stehen, keine Namensunterschrift. Es weist nur einen Stempel mit dem bekannten Zeichen auf, das die Anhänger des „Rechtswolke“ an der Stirnseite ihrer Kopfbedeckung als Ausweis tragen und durch das in wirtschaftlichen Verkehr vor dem giftigen Inhalt von Gefäßen gewarnt wird.

Welchen Zweck bezweckt das Schreiben, ist unverständlich. Daß die Preussische Regierung den „Rechtswolke“ im Zusammenhang mit den anderen unter der Bezeichnung „R. W. W.“ marschierenden Verbänden bringt, kann den „Rechtswolke“ selbst eigentlich am wenigsten wundern. Wir erinnern hier nur an seinen Aufmarsch im August vorigen Jahres vor dem Völkerschlag-Denkmal in Leipzig, bei welcher Gelegenheit in den üblichen „Soffreden“ die preussische Regierung als „Satan beseßen“ bezeichnet wurde. Auch jetzt schlägt er wieder gegen dieselbe Regierung harte Töne an. Er fällt für „leichtfertig und widersinnig“, was die Regierung für „erforderlich und zweckmäßig“ ansieht.

Wasu die Aufregung? Protestieren tun die von den polizeilichen Maßnahmen Betroffenen vorläufig alle. Auch Herr Claß, der Wiltungsdirektor, der Sportverein Olympia, Herr von der Goltz, der Wehrbund Ostmark u. a. fühlen sich schwer gekränkt und vernachlässigt sich schriftlich gegen jeglichen Verbaht. Vorläufig schneidet das Verfahren, in ihm werden die Protestler ja Gelegenheit zur „Reinigung“ finden.

Bewilligung von Hausinspektors-Spohthen. Bei der heutigen Wirtschaftslage haben sich die an den Kreistag des Saalkreises gerichteten Gesuche um Bewilligung von Hausinspektors-Spohthen in beträchtlicher Zahl angehäuft, und da dieser großen Zahl von Gesuchen bisher nur verhältnismäßig geringe Geldmittel zur Verfügung standen, mußten die Studierenden oftmals eine sehr lange Wartezeit durchmachen. Dieser Unbillstand führte zu Unzufriedenheiten und Beschwerden, die ihren Weg auch in die Geschäftsstelle der demokratischen Partei fanden. Von hier aus wurden insofern Besprechungen mit dafür in Frage kommenden Stellen angebahnt. Gerecht wurde dabei die Zuführung, daß man sich um Bereitstellung größerer Mittel bemühen und künftig für eine schnellere Regelung Sorge tragen werde. Dem Wünsche der Antragsteller, auch im Falle der Ablehnung von Geldmitteln baldigst Nachricht zu erhalten, wird Rechnung getragen werden. Jedemfalls wird keinen der demokratischen Kreistagsabgeordneten alles getan werden, um zu einer Erleichterung und schnelleren Regelung in dieser besonders für viele Gemeinwerbende wichtigen Angelegenheit zu kommen.

Halle. In den Rechtsblättern ist behauptet worden, daß in dem Demonstrationzug des „Roten Frontkämpferbundes“, der Pfingsten in Berlin stattfand, auch eine Gruppe von Reichsbannerleuten mit ihren Gefährten aufmarschiert sei. Da deshalb auch an unsere Geschäftsstelle mehrfach Anfragen von Reichsbannerkameraden gerichtet wurden, möchten wir auf die vorläufig erfolgte Rundgebung der Berliner Gauleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot

so bald verweisen, die in ihrer Eindeutigkeit keinen Zweifel darüber aufkommen läßt, wie das Reichsbanner den kommunistischen Bestrebungen steht. Die Bemerkung lautet:

Es wird sofort festgestellt werden, ob tatsächlich Reichsbannerleute, besonders aber eine Abordnung aus Kiel, die in der Reichspresse die Rede ist, an dem Kommunezug teilgenommen hat oder ob nur einige rote Frontkämpfer in Reichsbanneruniform die werbende Kräfte der Ideen durch eine Maske der Veranschaulichung bieten. Sollten Reichsbannerleute sich tatsächlich in der wasser der Kommunisten begeben haben, so ist für sie in der verständlich im Reichsbanner kein Platz mehr. Sie werden ausgeschlossen werden. Genau so ist es geschlossen, wie vor einigen Wochen neben Reichsbannerleuten in Berlin, die an kommunistischen Veranstaltungen teilnahmen und überleben hatten, daß bürgerliche Sozialdemokratie niemals etwas gemein hat mit den Diktaturbestrebungen, mag er proletarisch oder monarchistisch eingestuft sein. Sämtliche Berliner Kreisvereine des Reichsbanners haben die Bundesverklammerung des Reichsbanners in Magdeburg haben diesen Ausschluß einmütig gebilligt.

Rundgebung des Deutschen Friedensartikels in Volkensfeld. Das Deutsche Friedensartikels werden an die Mitglieder aller ihm angehörenden Organisationen, um sie aufzufordern, für das vom Volke begangene entschuldigungslose Enteignung der Fürtzen aus der entschuldigungslosen Enteignung der Fürtzen nicht ideale Lösung erblicken, erkennen doch, daß nach Lage Dinge, da jede Aussicht auf rechtzeitige Verabreichung eines sie befriedigenden Gelezes gescheitert ist, die Annahme des vom Volke begangenen Gelezes ein weit größeres Übel wäre, als seine Ablehnung, denn die unheilvollen Summen, die den Fürtzen geteilt würden, wenn vor allem der nationalsozialistischen Reaktion, können Vorbereitung des Kaiserreiches zugute.

Waisenfeld. Ortsgruppe der D. D. P. Montag, 31. Mai, abends 8 Uhr: Zusammenkunft im „Schützenhof“.

## Zur Beachtung!

Es wird darüber geklagt, daß Bestellungen unseres „Politischen Wegweisers“ zwecks Erneuerung des Monatsabonnements von ihrem Briefkasten eine Aufforderung zur Zahlung des Monatsabonnementsbetrags von 61 nicht vorgelegt wird und daß das Blatt in Verlegenheit gerät. Bitte dringend darum, den Fall sofort unter Angabe Namen und Adressen der Briefkasten an unsere Geschäftsstelle Halle, Leipziger Str. 21, zu melden.

### Neue Bücher

Im Verlage „Der Rechtsstaat“, Halle, erschien „Wahlenabstimmungen in den letzten 500 Jahren“. Eine rechtsgeschichtliche Studie von Dr. Ernst Schütz, Kammergerichtsrat in Berlin, Großh. 64 Seiten, 1.50 Mk. Der Verfasser gibt in dieser Schrift einen rechtsgeschichtlichen Überblick über die veränderungsreichen Abstimmungsabstimmungen in den letzten 500 Jahren und in den Jahrhunderten. Wenn er sich persönlich auch für jede seitigen politischen Einstellung hält, so liefern seine Ausführungen allen denen, die in dieser Frage schriftstellerisch oder praktisch tätig werden wollen, doch eine Fülle von beweiskräftigen Beispielen für mindestens zwei der Standpunkte, die in dieser Frage einnehmen kann.

Der Deutsche Holzarbeiterverband und sein Kampf gegen die Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen. Vortrag gehalten vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes Berlin 1926. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Vergegenwärtigt man sich, welche Summe von Mensch und Lebensfreude durch Unfälle zerstört wird, wie Verheerung der Volkswirtschaft dadurch erwacht, daß fortgesetzt so große Zahl von arbeitsfähigen Männern, ganz oder teilweise aus der Produktion ausgefällt wird, dann ermannt man, wie ungeheuer wichtig der Kampf gegen die Unfallgefahren ist. Diese Worte sind der gut ausgestatteten, mit einer einwandlosen Umfassung und zahlreichen Illustrationen versehenen Schrift entnommen, die der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes anlässlich der Ausstellung Gewerkschaftspropaganda, Sozialfürsorge und Verlesungen in Düsseldorf (Westf.) herausgegeben hat. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat sich für die Unfallgefahren schon längerzeitig. Seine Wanderausstellung der „Klagen Hande“ die seit 1912 bis zum Kriegsausbruch in vielen Gegenden wurde, hat bereits aufgestellt und auf die Unfallgefahren aufmerksam gemacht, die gerade an den Holzbearbeitungsmaschinen außerordentlich groß ist. Das ist auch von Reichsregierung anerkannt worden. Die von Reichsministerium ausgegebenen Entwürfe für eine „Holzarbeitergesetzgebung“ sind ein „Rechtswolke“ entgegenzunehmen. Beide Entwürfe sind in vorbereiteten Studien an dem Überstand ihrer Gegner fixiert.

In der vorliegenden Schrift erbringt der Deutsche Holzarbeiterverband durch eine gedrungene Darstellung seiner schärfste seine Bestrebungen als Kampfer gegen die Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen. Die Schrift gibt eine Schilderung dieser Gefahren und eine Uebersicht über die Maßnahmen, die bisher unternommen wurden, um sie entgegenzuwirken. Mit Vorbedacht vermerkt die Schrift die Einwirkungen in technische Details, die beim Holzarbeiter vorzunehmen sind. Sie ist für Arbeiter geschrieben und auch verständlich, der die Holzbearbeitungsmaschinen sonst nicht für die Schrift will das öffentliche Bewusstsein werden und es Bundesgenossen im Kampf gegen die Unfallgefahren aufzu



# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Verlagspreis: 10 Pf. pro Stück. (Für den Jahrgang 1926 120 Pf.) — Zusatzaufpreis: 10 Pf. pro Stück. (Für den Jahrgang 1926 120 Pf.) — Verlagspreis: 10 Pf. pro Stück. (Für den Jahrgang 1926 120 Pf.) — Zusatzaufpreis: 10 Pf. pro Stück. (Für den Jahrgang 1926 120 Pf.)

Nummer 22 Halle (S.), 29. Mai 1926 2. Jahrgang

## Der abgesagte Putzsch.

Die kommunistische Pfingstrevolution — Die verschmähten Ketter — Alter und neuer Postgeist — Enttäuschung — Pazifismus im Innern — Die abgerüstete Abrüstungskonferenz — Mussolini in Genua — Die Knüppelherrschaft des Faschismus — Polen ein Bundesstaat? — Vertrauen in die politische Wirtschaft — Die Zivilisten in Marokko und Syrien — Fehlende Rückwirkungen — Brand im Kampf — Der Franken steigt, der Franken fällt — Strongs Europafahrt — Schacht in London.

Es war leider wieder einmal nichts, und die Blätter der Ketter hatten schon so schadenfroh auf eine Ermächtigung der Staatsgewalt gehofft! Still und friedlich und die Pfingsttage in das Land gegangen und haben keine blutigen Zusammenstöße, außer jener furchtbaren Krawalle vor der Münchener Hofbräuerei, gebracht. Enttäuschung gab es freilich genug, und namentlich die Eugenbergsche Presse hat das Menschenmögliche darin geleistet. Als die reichliche Regierung aus dem reichlichen Schatz ihrer Kenntnisse einiges ausplauderte über Verhandlungen gegen die Republik, was etwas norellig war, glaubten jene Zeitungen, denen nichts zu zumbüden ist wie eine Genesung Deutschlands, mit einem genial erdachten Gegenstücke antworten zu müssen. Sie erluden die kommunistische Pfingst-Revolution, mit der sie nur gewisse Speisebürger, die nicht alle gemacht haben. Nun wird über die armen Kommunisten jenseitig, die nicht einmal den Mut und die Kraft besitzen, den Sowjet-Stern zum Ramppe zu führen. In der Tat, eine behauerliche Unterlassungsünde. Nun haben unsere Reichsverschworenen keine Gelegenheit, als Ketter der Nation aufzutreten und bei diesem ehrlichen Unterlassen an die so heiß ersehnte Staatsstuppe zu gelangen.

Auch die Staatsstuppe in Düsseldorf verlief schief und ohne Blutvergießen. Ein Beweis fortschreitender Entwicklung, den wir nur im Interesse der Gesamtheit freundschaftlich begrüssen können. Wieder hat sich der Gedanke verbreitet, daß man solchen Gefahren am besten dadurch begegnet, daß man tüchtigste Entgegenkommen zeigt. Darin liegt ja gerade der Wesensunterschied zwischen dem alten und neuen System. Der Postgeist föhnlige prägnante Prägung, den uns Herr von Jagow, der spätere Rapp-Beffel, so annehmlich verkörperte, konnte nur drohen und verdrängen und wurde so zu jener bewogenden Kraft, die selbst den Zinshock für Explosionen sammelt. Heute denken wir anders. Man läßt gewähren, bietet Polizei ab, aber nur zum Schutz der Demonstranten, damit sie nicht in ihren Küngegebungen gestört werden und aus der Verleumdung zum Angriff übergehen. Kreisförmiger Postgeist hat unter Herrn Goeting einen Wandel erfahren, mit dem man zufrieden sein darf.

Die Enttäuschung äußert sich knifflig, wenn auch sehr verheerende Form. Ein Berliner Blatt knüpft überdies Betrachtungen an die Mitteilungen der Hotes, daß viele Ausländer dem Reich fern gesehen sind, und die Krawalle befürchten. Natürlich ist es von rechts, obwohl nicht wohl die preussische Regierung wegen ihrer Unfähigkeit sachverständig gemacht werden können. Von dem gefälligen Mobilmachungs-Ertragsabstimmungen des Berliner Lokalanzeigers, der die bolschewistische Weltrevolution in Berlin bereits als feststehende Tatsache versicherte, aber prißt das genannte Blatt überhaupt nicht, obwohl es zufällig derselbe Berliner Lokalanzeiger ist. Man sollte sich in der Zimmerstraße etwas mehr mit Geheimlehre befassen, was sich auch anders ausdrücken läßt.

Der Pazifismus im Innern ist jedenfalls ein Fortschritt, und so bedenkenvoll wir ihm in der Außenpolitik gegenüberstehen, daß es eine ganz nützliche Angelegenheit. Im Verkehr mit fremden Staaten wird man sich allerdings auf das notwendige Maß herabzudrücken müssen, denn hier gilt das Schiller'sche Wort von dem Römischen, der nicht in Frieden leben kann, wenn es dem Feinde nachbar nicht gefällt. Graf Bernstorff hat in dieser Hinsicht reife Erfahrungen in Genua gesammelt. Allen derte er glänzend zu, sich doch von der finanziellen Last überdrüssiger Missionen zu befreien. Und hätte er mit Engländern verhandelt... Was man erledigen kann, nicht man die Kommissionsarbeit an, und so wurden alle schriftlichen Probleme in irgend einem Austausch auf das totale Verstehen gebracht. Das Vertrauen ist eben noch immer zu hoch, verleiht sich, das Vertrauen in die militärische Verheerung des anderen. Niemand will den Fortschritt und in einem Streit der Höflichkeit nicht auf auf die Wasindulgenz übergeben.

Den Pazifismus lehnt auch Mussolini ab. Er hat das Genua getan, von wo einst die Kriegsbegeisterung, die die Bündnistreue nichts zu tun hatte, ihren Ausgang nahm. Bescheiden freilich der Duce geworden. Auf die Zukunft: Herr der Welt, begnügte er sich mit der Feststellung, Herr Italiens zu sein, was übrigens den Tat-

sachen leidlich entspricht. Immer wieder peitscht er die Massen auf und zeigt ihnen in der Ferne weit hin leuchtende Ziele. Stillhand ist Rückschritt. Er kennt keine Schwarzgebenden und weiß, daß sie ihm nur solange Gehorschaft leisten, als er Beschäftigung für sie findet. Ein friedliches Italien würde die überschüssige Kraft vermutlich dabei verwenden, und das ist es, was der Diktator so wenig schätzt. Es liegt offenbar in der menschlichen Natur begründet, daß sie nach Genua sucht, wenn sie sich ihr nicht freiwillig bieten. Wenn man nicht außenpolitisch die jubelnde Begeisterung ab, so entläßt sie sich gemütsartig im Innern. Vorläufig ist dafür Raum genug. Mussolini ist gerade dabei, den liberalen Staat totzuschlagen. Was wohl nur noch eine Verschwendung ist.

Und anderbar, im gleichen Augenblick gibt Marshall Fildubid dem „Matin“ bescheidenen Sauerwein ein Interview, in dem er die Knüppelherrschaft des Faschismus für Polen als ungeeignet bezeichnet. Das sind keine eigenen Ausdrücke. Fildubid rechnet sich noch zur Sozialdemokratie, der Mussolini längst den Rücken gestrichelt hat. Darin liegt ein kleiner Unterschied, vielleicht nur ein zeitlicher, denn Nachb hat die sonderbare Eigenschaft, fuge Gedanken zu betönen. Von oben sehen die Dinge anders aus, daß einmal der alte Revoluter Johannes Riquelme gelagt, als er inzwischen föhnlige preussischer Finanzminister geworden war. Ergebnisse seien auf eine solche Vergangenheit ungefähr so zurück, wie Beschwellen auf ihre lebensfrohe Jugend. Sie sind dann besondere präde. Der Marshall kämpft freilich noch um seine geführte Erbschaft und um den Ausbau des Sieges, der noch nicht reiflos erstritten ist, während der Duce kaum noch lebende Gegner in Italien hat. Entweder haben sie im Auslande Unterschlupf gefunden, oder sie sind aus dieser Zeitungs-

Welt besonderer Aufmerksamkeit verfolgen wir die gänge im östlichen Nachbarstaat. Ein neuer Gedort. Der Marshall föhnlige bereits an, daß er auf einen Bundesstaat machen wird, also einen Staat autonomer Minderheiten, die zusammen beinahe Mehrheit geben. Auch mit Deutschland will er in Verbindung kommen. Wir leben das ruhig im übertriebene Sorge mit an, auch wenn unsere nicht ganz damit übereinstimmen. Eine vernünftige Politik Polens ist gefährlicher, als jene wahrnehmbare Form die nur den eigenen Untergang beschleunigen konnte. Flug regiertes Polen föhnlige sogar Antisemitismus aufnehmen und damit so etwas wie ein geordnetes Leben werden. Unter Vertrauen in die politische schaft bereit uns von übertriebenen Befürchtungen lösläng ist die Stunde noch nicht gekommen.

Und auch Frankreich schwört dem Imperialismus den es im Wäldenlande Marokkos und Syriens mit teurer genug hat erkaufen müssen. Es scheint tatsächlich ein gefälliger Imperialismus zu geben, was alle deutschen Zeitungen weder in unseren Glanzstagen nach der Katastrophe erfahren haben. Den Druck Risseiten wird mildes Verzeihen, sogar eine Selbstständigkeit soll ihnen nicht orentbarsten bleiben. Sagen Henry de Jouvenel in Damaskus und Re Steeg an der nordafrikanischen Küste. Sie sind keine Militär und werden in Paris noch einige mit gemordenen Generalen zu hören bekommen. Es ist geradezu ein Glück, für den Geschichtsschreiber, daß es Uniformen gibt. Die Welt wieder sonst sich nützlichen, aber geräuschvollen Aufgaben zuwenden, von denen kein Lied und kein Helmbüch etwas melden. Deshalb haben auch unsere Stahlhelmer die wirtschaftliche Verständigung so unerschöpflich vermehren, und das war besonders sinnvoll am Rhein, wo gerade deutsche Verständigungspolitik zur Befreiung Düsseldorf und der ersten Zone geführt hat.

Allerdings die zweite und dritte Zone sind noch immer nicht geräumt. Graf Westarp war glänzend, sich darauf beziehen zu können, um wieder föhnlige das verhasste Locarno abzuweichen. Immer sind es die Generale, die ihren Feinden die Waffen selber schmieden. Der beste Wille der Staatsmänner föhnlige hoffnungslos an diesem Ueberhand. In Genua hat, als die ersten Schritte sprangen, Herr Briand uns föhnlige beschwören, und die Herren Chamberlain und Banderobbe beglückwünschten seine Unter schrift, daß die Rückwirkungen des Locarno-Vertrages sofort sichtbar werden würden, als ob Deutschland bereits Mitglied des Völkerverbundes geworden wäre. Berlin ist

entschlossen, an diese Zustörungen zu erinnern, aber es kommt zu ungelogener Stunde als lästiger Mahner. Gerade jetzt kämpft Aristide Briand in schwerer Schlacht. Daß der Franken sanft, hat man ihm über vermerkt, daß er stetig, wird ihm noch weniger verzeihen. Wir lesen diese sonderbare Kunde und denken dabei in Wehmut unterer eigenen Inflationenvergangenheit, wo es ganz ähnlich gewesen, wo betrübliche Gebete gen Himmel stiegen: Herr laß Deutschland nicht zu rasch gefunden.

Der steigende Franken hat uns keine Freude bereitet. Nur jene Blätter, die Politik als eine Angelegenheit schlechter Kinderstübchen betrachten, in denen es weder Erziehung noch Erfahrung gibt, können schadenfroh, Klügere Leute betrachten, wie viel Millionen aus dieses Dumping schon kollet. Die Wahrheit, daß die Krankheit des Markbarr etwas Antidotes an sich hat, und deshalb kein Anlaß zu föhnliger Betrachtung ist, liegt nicht nur ganz allmächtig durch. An der Seine hat man sich etwas davon begliffen. Wir Beispiel und Rom verhandelt man, um Franken und Lire in eine engere Verbindung zu bringen. Es war ein sonderbares Schauspiel, wie Italien und Belgien französische Währung an dem Markt warfen, um die eigene zu retten. Das legt den Gedanken nahe, nicht nationale, sondern internationale Währungen zu schaffen und zu stabilisieren.

Deshalb ist auch die Europareise des Gouverneurs Strong von der Federal-Reserve-Bank in New York bedeutungsvoll geworden. Nun erwartet Herr Montague Norman, der Gouverneur der Bank von England, den Besuch seines deutschen Kollegen. Herr Schacht wird drüben keine großen politischen Probleme wägen, nur finanzielle Fragen werden gefahrt, z. B. die Frankenfestigung, aber diese werden immer eine politische erbare. Archimedes meinte und ich will die Welt aus dem amerikanischen Hofdienst die internationale Währung Kriegsgott für immer aus Richard R. an.

### Bauernbund.

Der Deutsche Bauernbundes schreibt die Erfüllung geschickte Leiter des Dr. Böhm, hat angeordnet in unserer Wochenschrift „Politik“ geschrieben hat. Ich möchte mir wissen, wer der föhnlige. Der Artikel mußte alle Bebel in Bewegung zu machen. Die demokratische sich in einer Gewähr geboten würde, sich des Deutschen Bauernbundes t der Fall. Wer es wagt, schen, der wird bestimmt in der fegend einer Gelegenheit Methoden in der Organ des Deutschen Bauern-

des Deutschen Bauernbundes glaubt, Disziplin in seinen Reihen zu üben, nicht einverstanden. Er schweigt aber... Inwiefern denkt er ganz anders. Der Bauernbund ist tatsächlich die richtige Organisation; es fehlt ihm nur eine geschickte Leitung, die sich politisch einmündigere bestimmt. Von Herrn Dr. Böhm kann man das wirklich nicht verlangen. Vom Landbündler hat er sich durchgerungen zum Bauernbündler, vom Antifeministen zum Demokraten und jetzt wieder zur Volkspartei, vielleicht gar schon zur Wirtschaftspartei. Ein Führer, der solchen Wandlungen unterliegt, kann keinen einheitlichen Willen und Begeisterung in einer Organisation großziehen. Das sollten auch die leitenden Persönlichkeiten im Bauernbunde endlich einsehen. Klarheit und Einheitsfront im Handeln, das muß der Leitenden für eine große bäuerliche Organisation sein. Dem Bauernbunde muß es gelegen sein an einer laudenden Siedlung, an Erleichterungen für den mit eigenen Leuten arbeitenden Bauernstand. Nach dieser Richtung hin ist so gut wie nichts erreicht und warum? Weil der Bauernbund keinen Einfluss auf die Deutsche Volkspartei hat. Die einzigen, die nach dieser Richtung hin etwas

